

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

3.6.1869 (No. 128)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 3. Juni.

N. 128.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben auf den unterthänigsten Vortrag des Ministeriums des Innern vom 1. d. Mts. Nr. 6477—79, gnädigt geruht, der in den Adressen der f. g. katholischen Volkspartei gestellten Bitte um Auflösung der Ständeversammlung und Einberufung eines außerordentlichen Landtags keine Folge zu geben.

Dies wird in Folge höchsten Befehls hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Ministerium des Innern.

Solly.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 2. Juni. Das heftige Bundesrats-Mitglied Hofmann protestirt in der „Spener. Ztg.“ gegen die Annahme, Hessen wolle mit den oppositionellen Reichstags-Elementen zusammengehen; es sei ein gewaltiger Irrthum, ihm feindselige Gefinnungen gegen den Norddeutschen Bund und dessen Institutionen zuzuschreiben.

† Berlin, 2. Juni. Die „Provinzial-Korresp.“ führt unter den Zollparlaments-Vorlagen den Zolltarif, die Zuckerbesteuerung, die Zollordnung und den Handelsvertrag mit der Schweiz und Japan an. Der Schluß des Reichstags findet vermutlich im Lauf dieser Woche statt. Die Eröffnung des Zollparlaments wird bei eventueller Behinderung des Grafen Bismarck durch Hrn. Delbrück vorgenommen werden. Das Unwohlsein des Königs ist vollständig gehoben.

† Wien, 1. Juni. Der neue amerikanische Gesandte, Hr. Fay, wurde heute durch seinen Vorgänger den Grafen Bussy vorgelassen und überreichte dem Kaiser in einer Privataudienz seine Beglaubigungsschreiben. — Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht die sanktionirten Gesetze über die Steuerbefreiung neuer Eisenbahnbauten und das Rekrutierungsgesetz.

† Pesth, 1. Juni. Adressdebatte. Nach einer von Deak gehaltenen Rede verzichteten alle Mitglieder seiner Partei und ein Theil der Oppositionsredner auf das Wort. Morgen wird über die Adresse abgestimmt werden. Im Verlaufe der Sitzung wurden auch die Gesetzesentwürfe betr. die Ausprägung von Goldmünzen und die Aushebung der Rekruten im Jahre 1869 vorgelegt.

† Bukarest, 1. Juni. Die Kammer wird morgen dem Fürsten die als Antwort auf seine Thronrede beschlossene Adresse überreichen. Dieselbe ist lediglich eine Paraphrase der Thronrede nebst Versicherungen der Loyalität und Ergebenheit.

† London, 2. Juni. Die soeben veröffentlichte Gesamtkorrespondenz der Verhandlungen über die Naturalisations- und Alabama-Frage beweist durchgängig das Ausgleichsstreben Stanley's und Gladstone's.

* New-York, 31. Mai. Der Krieg gegen die Indianer hat wieder begonnen. Es hat bei dem Hafen Griffin ein Kampf zwischen den amerikanischen Truppen und den

Indianern stattgefunden. Die Indianer haben 14 Mann verloren.

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Juni. Wir sind in den Stand gesetzt, unsern Lesern den Vortrag mitzutheilen, welchen das Ministerium des Innern über die Adressen der sog. katholischen Volkspartei wegen Auflösung der Kammer und Einberufung eines außerordentlichen Landtags an Se. Königl. Hoheit den Großherzog zu Großh. Staatsministerium erstattet hat. Der Vortrag vom 1. Juni d. J. lautet:

Se. Königl. Hoheit dem Großherzog (zum Großh. Staatsministerium) haben wir in Vollzug des uns mit den Reskripten aus Großh. Geh. Kabinett vom 31. Mai und 1. Juni d. J., Nr. 1176, 1178 und 1179 erteilten höchsten Auftrags ehrerbietigst vorzutragen:

Die völlig gleichlautenden (gedruckten) Adressen, welche an Eurer Königlichen Hoheit aus 123 Gemeinden gelangten, stellen mit dem Bemerkten, das bisherige Wahlssystem habe sich nicht bewährt, die Bitte:

Es möge Eurer Königlichen Hoheit gefallen, die jetzige Ständeversammlung aufzulösen und einen außerordentlichen Landtag zu berufen, damit dieser ein neues Wahlgesetz auf Grundlage des direkten geheimen Verfahrens schaffe.

Die Adresse nimmt in ihrem Eingange Bezug auf die Ansprache, welche im Namen der kath. Volkspartei eine größere Anzahl von Männern am 1. Mai d. J. an das badische Volk gerichtet hat, und dieses letztere Allenrecht, das übrigens nicht mit übergeben wurde, führt die in der Adresse nur kurz angegedeuteten Beschwerden gegen die gesammte innere und äußere Politik des Staatsministeriums weiter aus.

Am stärksten wird unter denselben der Vorwurf betont, die Regierung beeinträchtige die Freiheit der kath. Kirche, woraus auch das Entstehen der „kath. Volkspartei“ zu erklären versucht wird.

Die politische Richtung, welche die Regierung Eurer Königl. Hoheit verfolgt, hatte sich bisher der Zustimmung der weit überwiegenden, nahezu an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit beider Kammern zu erfreuen, vor welchen auch fernhin jene Richtung mit den aus ihr gezogenen und noch zu ziehenden Folgerungen zu verantworten sein wird. Dazu kommt die Thatsache, daß die Gesetze, welche von den Petenten hauptsächlich als die (katholische) Kirche beschwerend angesehen werden, den Kirchen notorisch in kirchlichen Angelegenheiten volle Freiheit gewähren. Im Sinne der Petenten würde es sich wohl wesentlich um eine Aenderung dieser Gesetze handeln, eine Frage, deren geschäftliche Behandlung z. Z. und gegenüber den Unterzeichnern der Adresse nicht möglich ist.

Das Gesuch der Petenten geht auf Auflösung der Kammer und sofortige Einberufung eines außerordentlichen Landtags, um mit demselben ein neues Wahlgesetz zu vereinbaren. Diesen Begehren stehen wir wie glauben, zwei entscheidende Gründe entgegen.

Zunächst fehlt es an jedem konstitutionellen Grunde zu einer Auflösung der Kammer; weder im äußern noch im innern Staatsleben ist irgend ein außergewöhnliches Ereigniß eingetreten, welches jenen außerordentlichen Staatsakt

zu rechtfertigen vermöchte; ihn ohne bringende Gründe eintreten zu lassen, ist aber durch das natürliche Interesse der Stätigkeit im Staatsleben ausgeschlossen. Es müßte zur Auflösung aller Staatsordnung führen, wenn mit Außerachtlassung der verfassungsmäßigen Formen, in welchen allein in den Beschlüssen der Kammern, beziehungsweise in den Wahlen zu den Kammern der politische Wille der Mehrheit zum Ausdruck gelangt, die Willensmeinung einer größeren oder geringeren Zahl Einzelner als maßgebend betrachtet würde, die ohne Mandat, außer Zusammenhang mit der Regierung, ohne im Besitz des zu politischen Entschlüssen und Handlungen notwendigen Materials zu sein, unter dem Eindruck momentaner Stimmungen bestimmte politische Akte für wünschenswerth oder notwendig erklären.

Dazu kommt, daß die sofortige Berufung eines neuen Landtags kaum eine thatfächliche Bedeutung haben würde. Nach der Entschliebung Eurer Königlichen Hoheit aus Großh. Staatsministerium vom 5. v. M., Nr. 302, ist bereits die Bearbeitung des Budgets in Angriff genommen und ebenso sind zahlreiche Gesetzesentwürfe soweit vorbereitet, daß der Landtag Anfangs September zusammentreten kann. Ein sofort auszusprechender neuer Landtag könnte mit Rücksicht auf die für die Wahlen erforderliche Zeit nicht vor Anfang August zusammentreten; es würden also höchstens 4 Wochen gewonnen, wogegen zum großen Nachtheil für die mit den Kammern zu erledigenden Geschäfte die jetzt begonnenen Vorarbeiten für die Vorlagen unterbrochen werden müßten. Unter diesen wird sich, wie Eurer Königlichen Hoheit bekannt, auch ein Gesetzesentwurf über Erweiterung des Wahlrechts zur Zweiten Kammer befinden, über welchen in außerordentlicher Session, abgesehen von den übrigen Vorlagen, zu verhandeln ein genügender Grund nicht vorliegt.

Aus diesen Gründen und mit Rücksicht darauf, daß bei der Verbreitung der Petenten über verschiedene Landestheile eine Veröffentlichung der ergehenden höchsten Entschliebung zweckmäßig erscheint, stellen wir den unterthänigsten Antrag:

Eurer Königlichen Hoheit wollen gnädigt geruhen, der in den Adressen der f. g. katholischen Volkspartei gestellten Bitte um Auflösung der Ständeversammlung und Einberufung eines außerordentlichen Landtags keine Folge zu geben und uns zur Veröffentlichung dieser Entschliebung zu ermächtigen.

(gez.) Solly.

Neustadt a. d. Hardt, 30. Mai. Gestern und heute hat hier die Abstimmung über die Einführung der Komunalsteuer stattgefunden. Gestern stimmten die Protestanten, von 960 gab nur ein Einziger seine Stimme gegen die Einführung ab. Bei der heutigen Abstimmung der Katholiken ging es ebenso. Von 543 abgegebenen Stimmen war nur eine, die des katholischen Pfarrers, gegen die Komunalsteuer gerichtet, während sich die Israeliten einstimmig dafür aussprechen. Das Resultat der Abstimmung wurde durch Freudenfeuer auf den Bergen und andere Kundgebungen gefeiert.

München, 31. Mai. Einer Münchener Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ über den Ausfall der bayrischen Abgeordnetenwahlen entnehmen wir folgende Schlüßsätze: So vereinfacht, wie nach der furchtbaren Niederlage der Mittelpartei Viele glaubten, wird das Ministerium in der neuen Kammer doch nicht dastehen, obgleich nicht daran zu denken ist, daß es sich so

Die Zigeunerin.

(Fortsetzung aus Nr. 122.)

III.

Nichts gewährt ein schöneres Bild von Freude und Heiterkeit, als ein ländliches Mahl im Freien, unter dem Schatten der Bäume, an einem milden Junitage, wenn Wohlgerüche und der Gesang der Waldvögel die Luft erfüllen. Das Vergessen jeder Feindschaft, die reine Atmosphäre und die bei solchen Gelegenheiten reiche Auswahl alles dessen, was den Gaumen reizen und die Stimmung erheitern kann, trägt gemeinsam dazu bei, der Scene einen fröhlichen Anstrich zu geben, den auch die prächtigste Bankethalle nicht verleihen kann. Allein könnte man in die Gemüther derjenigen blicken, welche diese heitere Gruppe bilden, so würde man auch hier häufig Mißvergnügen, Eifersucht, geheimen Kummer, der sich durch keine sinnlichen Genüsse füllen läßt, und den Schmerz getäuschter Hoffnungen finden.

George Grey, der ein ziemlich scharfes Auge besaß, bemerkte bald, daß mit Lady Woodfield nicht Alles richtig war. Auch fiel es ihm auf, daß Rosina, welche bisher während des Spazierganges mit ihm die Unterhaltung ziemlich lebhaft geführt hatte, plötzlich schweigsam und nachdenkend wurde. Ihre Gedanken waren augenscheinlich mit einem besonderen Gegenstand beschäftigt, denn mehr als einmal gab sie ihm ganz verkehrte Antworten auf seine Fragen und schien nur Ohren für das zu haben, was Weston sagte, obgleich Letzterer nicht mit ihr, sondern mit Andern sprach und ihr an diesem Tage überhaupt noch keine andere Aufmerksamkeit erwiesen hatte, als eine feumliche Bewegung im Vorübergehen. In Folge dieser Wahrnehmung drach er deshalb die Unterhaltung mit ihr ab.

„So, so“, dachte er, „wirft mein hübscher kleiner Etern seine Strahlen nach der Richtung? Vielleicht, wenn ich ihm einen Wink gäbe, wäre er klug genug, seine gegenwärtigen Absichten zu ändern, — das heißt, wenn er nicht schon die Thorheit begangen

hat, sich zu erklären, was ich, nach den Blicken der Dame zu schließen, bezweifeln möchte. Irigendwo ist eine Schraube los, denn ich habe nicht den geringsten Zweifel darüber, daß diese ganze Partie nur in der Absicht arrangirt worden ist, ihn fest zu machen, und herzlich soll es mich daher freuen, wenn dieser Plan fehlschlägt.“

Das Mahl neigte sich dem Ende, als die Zigeunerin abermals erschien und sich in einiger Entfernung am Fuße eines Baumes niederlegte. „Dort ist wieder unsere Sybille“, sagte Weston zu Lady Woodfield. Wahrscheinlich hat sie ein Auge auf die Ueberreste des Mahles.“

Am des Himmels willen, so mag sie haben, was sie wünscht, und nur schnell wieder fort gehen!“ erwiderte die Dame und rief einen Diensthoten herbei, dem sie auftrug, der Zigeunerin Fleisch, Brod und eine Flasche Ale mit der Beifugung zu bringen, sich sogleich wieder zu entfernen.

Die seltsame Anrede, welche Lady Woodfield bei dem Erscheinen dieser Person verrieth, fiel Weston auf und erweckte bei ihm die Vermuthung, daß dieselbe aus einer besonderen Ursache entspringe, so wie den Wunsch, selbst mit der Sybille zu sprechen, um wo möglich zu hören, ob die ihm am Morgen zugeführten Worte wirklich eine Bedeutung hatten.

Während er darüber nachdachte, wie dies zu bewerkstelligen sei, ohne sich dem Gelächter der übrigen Gesellschaft auszusetzen, kam der Diensthote welcher der Zigeunerin die Lebensmittel hatte überbringen sollen, mit der Antwort zurück, daß sie weder Speise noch Trank bedürfe, aber bereit sei, Denjenigen in der Gesellschaft ihr Schicksal zu verkünden, welche es zu hören wünschten und einzeln zu ihr kommen wollten.

Die jüngern Damen begannen jetzt unter einander zu flüstern und verriethen durch ihre Laichen und Erwidern deutlich den Wunsch, ihr Glück zu verjagen, ohne daß Eine den Muth hatte, die Erste zu sein.

Endlich erklärte George Grey, der Bergnügen an dem Scherz fand, daß er Allen ein gutes Beispiel geben wolle und die Wahrsagerin in

Verlegenheit zu bringen hoffe, indem er ihr sagte, daß er seit kurzer Zeit verheirathet sei, und sie auffordere, ihm seine junge Frau zu bezeichnen. In dieser muthwilligen Absicht schlenderte er langsam dem Orte zu, wo sie saß, während die Blicke Aller ihm neugierig folgten. Die Unterredung dauerte ziemlich lange, und mit nicht geringem Erschaunen nahmen die Zuschauer wahr, daß seine anfangs leichtfertige und spöttelnde Miene immer ernster wurde und endlich gespannte Aufmerksamkeit ausdrückte, als wenn die Bestimmungen des Schicksals seinem Auge wirklich enthüllt würden.

Bei seiner Rückkehr lag noch Erschaunen auf seinem Gesichte, und er versicherte, daß es kein sterbliches Wesen sein könne, mit dem er gesprochen habe. Alle Andern fuhrten zwar fort, die Sache als einen Scherz zu behandeln, aber waren dessen ungeachtet eifrig bemüht, gleichfalls in die Mysterien der Zukunft zu tauchen, und leiteten sänmtlich mit verwunderten Blicken zurück.

Lady Woodfield beobachtete diese Vorgänge mit scheinbarer Beachtung und war froh, daß ihr vermuhteter Anbeter keine Absicht äußerte, daran Theil zu nehmen. Um so größer war ihr Schreck, als derselbe mit einem eigenthümlichen Lächeln, dessen Bedeutung schwer zu erklären war, aufstand und ganz ruhig sagte:

„Ich werde mir auch mein Schicksal prophezeien lassen.“
„Nun wahrlich“, rief die Dame, mit feuerrothem Gesichte aufspringend, „wenn auch Sie sich zu solchen Albernheiten herablassen, so wäre es Kamahung von mir, darüber erhaben sein zu wollen. Ich will auch hingehen, denn es fällt mir ein, daß ich noch eine Erklärung der Albernheiten haben muß, welche mir diesen Worten gesagt worden sind.“

Weston verbeugte sich und blick zurück, um ihr den Vortritt zu gestatten. Dann den Arm seines Freundes George Grey ergreifend, schritt er mit ihm in eifriger Unterhaltung lange Zeit auf und ab.

(Fortsetzung folgt.)

fort der Fortschrittspartei nähern und mehr oder weniger auf dieselbe zu wirken versuchen werde, trotzdem daß die Wahlen dieser Partei nirgends in einem, dem Ministerium feindseligen Sinne erfolgt sind, was dagegen von der andern liberalen Seite überall und in ausgesprochenster Weise der Fall war.

Viele Stimmen sind daher geneigt, der neuen Kammer kein langes Leben und vielmehr eine baldige Auflösung vorauszusagen. Meinerseits halte ich jedoch diese Eventualität nicht für wahrscheinlich, zumal die Neuwahlen voraussichtlich wenigstens für einige Zeit kein anderes Resultat ergeben, als das jetzt zu Tage gebrachte: auf der einen Seite steht eben die protestantische Bevölkerung und die große Mehrzahl der größeren und kleineren katholischen Städte, auf der andern so zu sagen das gesammte katholische Landvolk, und diese beiden halten sich so ziemlich die Waage. Das Ministerium wird unter diesen Umständen vielmehr bemüht sein, jeden Zusammenstoß der beiden großen Parteien zu verhüten und sich so viel wie möglich „über“ denselben zu halten, wie man sich auszudrücken pflegt.

Es scheint mir sehr wahrscheinlich, daß es, wie ich aus guter Quelle höre, sich zunächst ganz und gar nicht beill, den Landtag einzuberufen, und ihm dann fast lediglich das Budget und außer diesem so wenig andere, wenigstens eingreifende Vorlagen als möglich unterbreiten wird. Auch beim Budget werden die Geister vielfach Belegenheit haben, auf einander zu spielen, aber gerade da werden sich auch die vermittelnden Elemente am leichtesten finden und hat das Ministerium jedenfalls am wenigsten zu befürchten. Dagegen soll es gesonnen sein, die Schulfrage vorerst ganz bei Seite zu legen und sie erst dann zumal zur Entscheidung zu bringen, wenn sich die Gemüther allmählig wieder beruhigt haben oder Ereignisse, die sich zum voraus nicht berechnen lassen, durch ihre Rückwirkung auf Bayern der einen oder der andern der beiden Parteien ein Übergewicht in der Gesamtbevölkerung des Landes verschafft hätten, das zur Zeit weder die eine noch die andere zu besitzen sich rühmen kann.

Gießen, 31. Mai. (Fr. 3.) Heute 10 Uhr ist der Großherzog, von Friedberg kommend, hier eingetroffen, das erste Mal seit 1866, um das 2. Infanterieregiment und die neu hergerichtete Kaserne zu inspizieren.

Gotha, 29. Mai. (Nat.-Ztg.) In der heutigen Sitzung des Sonntags unterm Herzogthums ist der Antrag eingebracht worden, die Regierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs zu veranlassen, durch welchen die betr. Bestimmung des Volksschulgesetzes dahin abgeändert würde, daß die Generalinspektion über die Volksschulen einem praktischen Schulmann übertragen werde, der zugleich Mitglied des Ministeriums ist. Bis jetzt sind die Schulräthe ohne Sitz und Stimme im Ministerium gewesen, während im Bau-, im Medizinal- und im Justizministerium die betreffenden Sachrathen ihr Ressort als Referenten persönlich vertreten.

Berlin, 1. Juni. Reichstags-Sitzung vom 1. Juni.

Heute genehmigte der Reichstag in 1. und 2. Lesung die Literarkonvention mit Italien und beendigte dann die zweite Beratung der Wechselstempelsteuer. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs wegen Besteuerung der Schlußscheine (Börsesteuer). Der § 1 des Gesetzes, welcher den eigentlichen Inhalt desselben bildet, wird in namentlicher Abstimmung mit 128 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Da Präsident Delbrück auf der weiteren Beratung der Vorlage besteht, so wird Paragraph für Paragraph derselben nach einander unter unwesentlicher Debatte mit derselben Majorität verworfen. Der Gesetzentwurf gelangt deshalb nicht mehr zur 3. Lesung, sondern ist definitiv beseitigt.

Es folgte dann die 2. Beratung über die Brau- und Salzsteuer, welche Abg. Forckel mit einer Rede gegen die Vorlage eröffnet. Abg. v. Patow vertheidigt den Gesetzentwurf und die Steuer. Schließlich wird der Paragraph, welcher die Steuer für den Zentner Malzshrot auf 1 Thaler erhöht, mit 152 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Berlin, 1. Juni. Ein hiesiges Blatt behauptet, der König werde von der am 13. Juni beginnenden Reise nach Hannover, Bremen und Oldenburg vorerst gar nicht nach Berlin zurückkehren, sondern sich gleich durch Westphalen und Hessen zum Kurgebrauch nach Ems begeben. Diese Behauptung ist unrichtig. Wie verlautet, gebent Se. Maj. gegen Ende dieses Monats größeren Kavallerie-Übungen beizuwohnen, welche hier und bei Potsdam stattfinden sollen. Die Abreise nach Ems erfolgt von Berlin aus in den ersten Tagen des Monats Juli. — In dem Befinden des Grafen Bismarck zeigt sich eine fortschreitende Besserung. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß derselbe im Stand sein werde, am Donnerstag den 3. d. M. die Session des Zollparlamentes zu eröffnen.

Nach dem Ergebnis der heutigen Abstimmungen des Norddeutschen Reichstags über die Steuervorlagen ist nicht zu erwarten, daß die Reichstagsession noch lange dauern werde. Es dürften nunmehr bloß noch die rückständigen Bundeshaushalts-Angelegenheiten zur Erledigung kommen. Dazu werden wohl höchstens zwei Sitzungen ausreichend sein. Mehrseitig wird heute hier versichert, die Session des Reichstags werde noch vor Ablauf dieser Woche ihren förmlichen Schluß erhalten. — Die in einem Theil der Presse umlaufenden Gerüchte von der angeblichen Absicht Preußens, binnen kurzem mit Dänemark wieder Verhandlungen über die norddeutsche Frage aufzunehmen, begegnen in hiesigen, meist gut orientirten Kreisen einem sehr bestimmten Widerspruch.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 31. Mai. Die offiziöse „Oesterr. Corresp.“ berichtet in ausführlicher Weise über das Attentat auf den Grafen Crenneville und sagt, dasselbe sei weniger den Motiven persönlicher Rache, als politischen Motiven zuzuschreiben. Die italienische Revolutionspartei, welcher eine Annäherung zwischen Oesterreich und Italien höchst unwillkommen sei, habe durch das Attentat bezwecken wollen, Italien gegenüber Oesterreich zu kompromittiren; allein das Auftreten derartiger Elemente sei nur geeignet, die Gemeinschaft der Interessen zweier von Natur aus aneinander gewiesener Staaten, wie Oesterreich und Italien, noch solidarischer zu gestalten. — Die „Presse“ meldet: England hat die österreichischen Vorschläge, betreffend den Handelsvertrag, angenommen. Vor definitiver Feststellung desselben müssen das Herrenhaus und die ungarische Kammer beipflichten.

Wien, 1. Juni. Graf Beust begibt sich am 5. Juni zur Kur nach Gastein und bleibt dort bis Anfang Juli. Für den 4. Juli ist jetzt die Einberufung der Delegationen definitiv festgesetzt; das Einberufungsschreiben erfolgt noch in der laufenden Woche.

Die vom Bizetkönig von Egypten angeregte Neutralisation des Suez-Kanals hat hier die lebhafteste Anerkennung gefunden, und ihre Verwirklichung würde ein neuer und entscheidender Fortschritt der Zivilisation sein.

Brest, 31. Mai. Der Judex Curiae Georg Majlath hat heute die königl. Kurie aufgelöst. Das Hermannstädter Obergericht wurde heute gleichfalls aufgelöst.

Rumänien.

Bukarest, 1. Juni. Die Behauptung des „Journ. des Deb.“, der Minister des Innern drohe, die Juden aus den Dorfgemeinden zu vertreiben, ist unbegründet.

Schweiz.

Bern, 30. Mai. Offenbar aus offiziöser Quelle wird der „N. Zürich. Ztg.“ über die vielbesprochenen Erklärungen des schweizerischen Gesandten in Paris, betreffend die Gotthard-Angelegenheit, geschrieben:

Eine Unterredung hat in der Tat stattgefunden, und zwar mit offiziösem Charakter, und es ist darüber von Hrn. Dr. Kern dem Bundesrath mit erster Post ein umständlicher Rapport übermittelt worden. Unser Gesandte fand, daß er nicht erst weitläufiger Instruktionen bedürfe, um sich gegenüber der französischen Regierung so auszusprechen, wie er es gethan hat. Da derselbe tagtäglich in den Pariser Blättern lesen mußte, wie man nicht etwa bloß die Förderung des Gotthard-Unternehmens, sondern die ganze Haltung der Schweiz verdächtig, als wäre sie an Preußen verrathen und verkauft, so fand er es angemessen, den ersten schiedlichen offiziellen Anlaß, der sich ihm darbot, zu benutzen, um mit aller Offenheit und Entschiedenheit die Ehre der schweizerischen Behörden und den Unabhängigkeitsstimm des Schweizervolkes gegen solche Machinationen zu wahren und der Intrigue die beste Waffe, die der Wahrheit und Loyalität, entgegenzuhalten. Seiner Ansicht nach mußte eine solche loyale Sprache, gerade wenn man ohne allen Rückhalt die Initiative dazu ergriff, einen weit besseren Eindruck machen, als wenn man sich zuerst durch eine Interpellation hätte zu Rede stellen lassen; Offenheit, Wahrheit und Loyalität sind besonders für Republiken die beste Diplomatie.

Neben vielem Unerbaulichen, das der Eisenbahnhüter in der Schweiz mit sich bringt, stellt sich als eine erfreuliche Seite dar, daß unter allen Parteien darüber nur eine Stimme herrscht: bei aller Achtung vor den großen Interessen, welche sich an das Eisenbahnwesen knüpfen, sollen die höheren Interessen unserer Unabhängigkeit und Neutralität niemals Gefahr laufen. Daher fand unser Gesandte um so mehr Grund zu seinem Schritt, welcher der einzig wahrhaft schweizerischen Politik Ausdruck gab, und daher der einmüthigen Billigung der Bundesbehörden sicher ist.

Italien.

Florenz, 31. Mai. Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind augenblicklich auf der Rückreise von Neapel nach Livorno begriffen und treffen zur Feier des Jahrestages des Verfassungstatutes in der Hauptstadt wieder ein. Wie „Italia Militare“ meldet, sollen auch in diesem Jahre, wie in den früheren, drei Lager in Somma, Verona und San Maurizio errichtet werden.

Frankreich.

Paris, 31. Mai. (Köln. Ztg.) Der gestrige Tag verlief ganz still. Wenn es auch in den Wahlversammlungen heiß zugeht, so herrscht doch volle Ruhe auf den Straßen, obgleich die Menge, die sich in der Nähe der Lokale, wo Wahlversammlungen stattfanden, ziemlich zahlreich war. Am heftigsten ging es wieder in den Versammlungen zu, wo über Rochefort und Jules Favre diskutiert wurde. In zwei derselben hatte sich Jules Favre eingefunden. In der einen, sie ward in der Rue des Cordeliers-Saint-Marcel, trennte sich gar nicht zu Wort kommen. Er bemühte sich umsonst, die Menge zu dominiren. Man mußte endlich die Sitzung aufheben, was unter dem Rufe: „Es lebe Rochefort!“ geschah. Die Leute auf der Straße waren aber Jules Favre sympathischer gesinnt. Als er an dem Ausgange des Saales erschien, zog Jedermann seine Kopfbedeckung ab, und der Ruf: „Vive Jules Favre!“ ertönte von allen Seiten. Besser erging es Jules Favre in der Wahlversammlung, welche beim Restaurant Contant abgehalten wurde. Dort hörte man ihn wenigstens an, und er hielt eine längere Bertheidigungsrede zu Gunsten seines politischen Wirkens. Was man in dieser Versammlung besonders für Rochefort geltend machte, war der Umstand, daß er nur in diesem Wahlbezirk gewählt werden könne, und kein anderer für ihn offen stehe; Jules Favre werde aber, jedenfalls bei den Ersatzwahlen in irgend einem der Bezirke, wo eine Doppelwahl stattgefunden, gewählt werden. Wie auch in der Rue des Cordeliers-Saint-Marcel, trennte sich die Versammlung unter dem Rufe: „Es lebe Rochefort!“, während Jules Favre von der Menge auf der Straße wieder eine große Ovation dargebracht wurde. Der Ausgang des Kampfes in diesem (?) Wahlbezirke ist jedenfalls äußerst zweifelhaft. Die Wahlversammlungen im 2., 4. und 7. Wahlbezirke boten kein besonderes Interesse. d'Alton Shee gewinnt nicht an Anhängern. Ferrys Wahl ist als gesichert zu betrachten: im 4. Wahlbezirk hat Raspail bis jetzt die meisten Aussichten.

Spanien.

* **Madrid, 31. Mai.** Die Cortes haben heute die Diskussion des Gesetzentwurfes bezüglich der Aufhebung der Tabakregie fortgesetzt. Hr. Ruiz Gomez, Untersekretär des Finanzministeriums, erklärte sich — der Ansicht der Kommission zuwider — für die einstweilige Aufrechterhaltung der Regie im Hinblick auf die prekäre Lage des Staatsschatzes. Die Kommission bestand auf der Aufhebung.

Die Abstimmung über die ganze Verfassung, die Unterzeichnung und die Promulgation werden wahrscheinlich Mittwoch oder Donnerstag stattfinden.

* **Madrid, 1. Juni.** Der „Imparcial“ bringt unter allem

Vorbehalt nach der „Politica“ folgende Liste des neuen Kabinetts als die wahrscheinlichste. General Prim, Ministerpräsident und Kriegsminister; Hr. Salustiano de Otaga oder Hr. Vega-Uribe, Staatsminister; Admiral Topete, Marine; Hr. Rios-Rojas, Justiz; Hr. Santa-Cruz oder Hr. Madoz, Finanzen; Hr. Rivero, Inneres; Hr. Echegaray, Fomento; Hr. Alvia, Kolonialminister.

Belgien.

Brüssel, 30. Mai. (Köln. Ztg.) Von Seiten des Wiener Kabinetts sind hier Vorschläge gemacht, durch Herstellung oder Anbahnung einer Zollvereinigung mit Frankreich günstigere Beziehungen zu der kaiserl. Regierung herzustellen, als sie in Folge der Eisenbahn-Differenz zu derselben vorhanden sind. Wenn die Regierung schon in der Angelegenheit der Eisenbahn-Session die bekannte Position aufzugeben nicht bestimmt werden konnte, so ist auch wohl nicht anzunehmen, daß sie auf Zollvereinigungs-Projekte eingehen würde. Von französischer Seite sind übrigens derartige Wünsche bis jetzt nicht einmal angedeutet worden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 31. Mai. Der Kaiser von Rußland beabsichtigt die Absendung eines außerordentlichen Gesandten an General Grant, um denselben zu seiner Ernennung zum Präsidenten zu beglückwünschen und auf die große Bedeutung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Amerika hinzuweisen. — Der Kaiser hat die Statuten der Petersburger Diskonto-Vehbank, welche von Berliner und Pariser Bankiers gegründet ist, bestätigt. — Die Nachrichten englischer Blätter aus Bombay über den Marsch russischer Truppen nach Khotand sind nach russischer Angabe unbegründet. In den russischen Besitzungen in Zentralasien sollen keine Vorbereitungen zum Kriege im Gange sein.

Die Protestantenversammlung in Worms.

Zur Ergänzung des bereits Mitgetheilten lassen wir noch Einiges aus einer andern Feder folgen.

Die Versammlung hat größere Dimensionen angenommen als man irgendwo erwartete. Gegen 1000 Delegirte der verschiedensten protestantischen Vereine, Gemeindevertretungen und größerer Privatkreise waren eingetroffen; ihnen hatten sich viele Tausende protestantischer Männer aus allen Gegenden Deutschlands angeschlossen. Die nächste Umgebung Hessens, der bairischen und bairischen Pfalz hatte natürlich das größte Kontingent gestellt, und indem die Sache so zu einem allerdings äußerlich jedes Bräutes erschreckenden Volksfest geworden war, erhöhte sich die Zahl der Festgäste nach unrichtiger Schätzung auf mindestens 20,000 Personen. Die Gesamtmenge war indessen nie vereinigt, da die um 1/4 Uhr erfolgte öffentliche Vorlesung der „Wormser Erklärung“ am „Schluß der Verhandlungen“ erfolgen sollte, eine bestimmte Stunde also nicht bekannt gemacht war, auch erst um 2 Uhr in der Kirche mitgetheilt wurde, daß der Augenblick durch Glockengeläute eingeleitet werden sollte. Dieses ries denn auch eine Versammlung von mindestens 15–18,000 Personen auf den Kirchplatz. Ein Theil war schon wieder heimwärts und viele Tausende hinaus zur Luther-Linde gezogen. Eine Feier bei dem Denkmal war unter diesen Umständen aus Rücksicht für die lieblichen jungen Anlagen unterlassen worden.

In den Delegirtenkreisen fanden wir Männer aus Oesterreichisch-Schlesien und Siebenbürgen, aus Berlin, Halberstadt, Bremen, Hamburg, Osnabrück, Weimar, Straßburg, Petersburg und anderen Orten. Die benachbarten Städte Mainz, Wiesbaden, Darmstadt, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe hatten zahlreiche Vertreter geschickt, und der rheinpfälzische Zug brachte über 3000 Rheinbayern mit. Der geistliche Stand war zahlreich, in der Delegirtenversammlung überwiegend, vertreten, doch hatte auch hier das Laienelement schon eine hervorragende Stellung eingenommen; in der Versammlung überwoog natürlich der wohlhabende Bürgerstand der Städte.

Worms, die altberühmte, hatte sich freudig geschnitten und den Gästen die liebenswürdigste Aufnahme bereitet. Das Lokalfomitee hat vor Allem das große Verdienst, mit einer bis zum Neuesten in Anspruch genommenen persönlichen Aufopferung Sorge getragen zu haben, daß wenigstens alle Delegirten in der Kirche Raum fanden und durch Lösung von Eintrittsgeldern ein wildes Gedränge vermieden wurde. Wer kein solches mehr erlangen konnte, durfte sofort der Trinitatis-Kirche den Rücken wenden, bis sich etwa nach Beendigung des ersten Verhandlungstheiles die wirklich „zum Erlöschen“ volle Kirche in der Art leerte, daß allmählig eine erhebliche Anzahl Theilnehmer ab und ebenso viel neue für sie eintraten. Schenkel der sich bei dem Zug der Delegirten verspätet hatte, kam kaum noch in die Kirche und wurde so zu sagen über die Achseln und Barrieren in den Raum der Delegirten getragen.

Die große Menge hat die strengste Würde bewahrt. Nichts Eindrucks kam vor; die Redner erfüllten ihre Aufgabe meist mit hervorragendem Geschick. Um des kirchlichen Raumes willen hatte der Präsident bekanntlich um die Unterlassung aller Beifalls- oder Mißfallensbezeugungen gebeten und nur der Schluß der Ansprache des österreichischen Seniors (Delans) Haase von Viechtich die Versammlung zu einem lauten Bravo hin. Er hatte mit dem Worte geschlossen: Wenn ein Millio nicht getraut mit 25,000 Spaniern Luther aus Deutschland nach Rom zu bringen, so soll auch uns der heil. Vater nicht dahin bringen, wenn er auch 25,000 Jesuiten schickt! Die erneuerte Mahnung des Präsidenten genigte, um alle weiteren Bezeugungen zu stillen.

Die Beschlüsse wurden durch Handaufheben, nebst Gegenprobe einstimmig gefaßt, Gegner der Sache hatten sich nicht eingefunden, und wenn etliche als Zuhörer dagewesen sein mögen, so indgen sie wohl der gehobenen Stimmung der Menge angeführt haben, daß dieser Tag allerdings dem „Heidelberger Geist“ gehöre, und daß wenigstens an ihm dagegen nicht aufzukommen sei.

* **Worms, 31. Mai.** Das Festmahl, an dem an 300 Personen Theil nahmen, war reich an Toasten. Kaufmann Mayer brachte ein Hoch auf den Großherzog, den Enkel Philipp des Großmüthigen, aus. Bluntschli toastet auf eine Person, welche größer sei als alle deutschen Fürsten, denn zu jener gehören auch die Letzteren, nämlich auf die deutsche Nation. Heute habe man Etwas gefühlt von dem Volksschlag, der durch das deutsche Volk gehe, und dieses werde die Reformation nicht angehen. Dieser Toast rief allgemeine Begeisterung hervor. Kirchenrath Schenkel von Heidelberg läßt die

Stadt Worms hoch leben, deren treffliche Frauen und Männer mit apostolischer Gastfreundschaft die Fremden aufgenommen hätten. Dr. Schneider von Worms läßt alle Protestanten der Erdenrunde, welche nicht mit religiösen Formen liebäugeln, leben. Dekan Bittel aus Heidelberg trinkt auf den neuen protestantischen Geist, der jetzt erwacht ist, die Morgenröthe eines schönen Tages. Dr. Schellenberg aus Mannheim toastet auf den Prediger Carrasco in Valladolid der jetzt in Spanien kräftig für den Protestantismus wirbt. Ohly aus Darmstadt toastete auf die Thätigkeit. Dr. Eich von Worms erinnert daran, daß an der Stelle des jetzigen Banksaales früher die Herberge gestanden, in welcher Luther sich im Gebet zu seiner schweren Mission vorbereitete. Seinem Andenken ein Hoch!

Vermischte Nachrichten.

— Professor Bunsen in Heidelberg hat jetzt an die chemische Gesellschaft in Berlin ein Schreiben gerichtet, in welchem er mittheilt, daß die Veranlassung des ihm zunächst betroffenen Unfalls durch das explosive Erglühen eines Pulvers entstanden sei, welches iridiumhaltiges Rhodium gewesen, erhalten durch Zusammenmischen mit Zink und Behandeln der Masse mit Salzsäure. Als Bunsen eine etwa ein Pfund dieses Pulvers enthaltende Schale von dem Wasserbade genommen und den Inhalt derselben mit dem Finger berührt habe, sei ihm die plötzlich erglühende Masse in's Gesicht und über die Hände geschleudert worden, überall schmerzliche Brandwunden hinterlassend. Die eigentliche Ursache der Explosion dieser Masse, welche Bunsen schon früher unter Händen gehabt, ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Der berühmte Professor ist gegenwärtig vollkommen wieder hergestellt.

— **Wyslowitz, 26. Mai.** In Oberösterreich ist es zu einem offenen Grenzkrieg zwischen Rußen und Preußen gekommen. Die „Oberschl. Ztg.“ meldet darüber: „Auf die Erzählung einer Frau, sie habe gesehen, wie das Bild der Madonna zu Poremla in Rußlands-Polen sich verfortert und herabgestiegen sei, waren eifrige Bewohner der Stadt ohne Pässe, wie das oft zu geschehen pflegt, hinüber geeilt, um das Wunder mit eigenen Augen anzusehen. Statt des Wunders aber empfingen sie die freundnachbarlichen Begrüßungen russischer Grenztruppen in Gestalt einer tüchtigen Tracht Prügel, und es erfolgte ihre Zurückweisung über die Grenze. Gestern nun lieferten russische Grenzsoldaten unserer Behörde einen Gefangenen aus und alsbald rottete sich eine Menge Volk zusammen, um den Rußen die empfangenen Schläge mit Zinsen heimzugeben. Ehe noch die Polizei es hindern konnte, wurden die nachbarlichen Freundschaftsbeziehungen in gleicher Mänge wiedergegeben und die Soldaten unfeindlich zur Grenze geleitet. Hierbei erteilte nun ein hiesiger Schneidermeister das Unglück, von den Rußen ergriffen und mit über die Grenze geschleppt zu werden, der Volkshaufe jedoch sann auf Mittel, den Gefangenen zu befreien. Am demselben Tage gab zufällig die auf der Durchreise begriffene Kratauer polnische Operngesellschaft eine Vorstellung. Unter den Zuhörern befanden sich viele russische höhere Beamte, die wohl auch keine Pässe mitgebracht haben mochten. Dies benutzte der Volkshaufe. In dichtem Schaaren umgab derselbe das Lokal der Aufführung, die Internierung der Rußen fordernd, bis die Beamten die Freilassung des Schneiders erwirkten hätten. Und in der That, es half nicht, ein russischer Beamter mußte über die Grenze und den entführten Schneider zurückbringen, worauf erst wieder Ruhe eintrat. Soweit mag der Bericht recht ergötzlich klingen, aber welche traurigen Ausblicke gewährt der mißhandelte, nun freigelassene Schneider. Derselbe soll mit Wunden wie überdeckt sein, die Rußen hatten ihr Mißthun an ihm gefüllt, und es steht zu befürchten, daß die barbarische Behandlung höchst nachtheilige Folgen für ihn haben werde.“

Badische Chronik.

Karlsruhe, 31. Mai. Das Verordnungsblatt der Direktion der Großh. Verkehrsanstalten enthält Befanntmachungen: 1) Die Einführung von Getreide-Spezialtarifen im süddeutschen Eisenbahnverband. Derselben enthalten Spezial-Frachtsätze für den Transport von Getreide und Körnerfrüchten, Hirse und Hülsenfrüchten, sowie Mühlenfabrikaten, deren Anwendung aber nur bei Frachtberechnung nach der Tragkraftziffer der zur Verwendung kommenden Wagen statzu finden hat. Für Sendungen, welche in Quantitäten von mindestens 100 Ztr. zum Transport kommen und für welche die Fracht nach der Tragkraftziffer der verwendeten Wagen nicht berechnet wird, gelten die bestehenden Frachtsätze, von denen jedoch die des Spezialtarifs Nr. 2 im Heft IV des süddeutschen Gütertarifs mit dem bezeichneten Termine ihre Gültigkeit verlieren. 2) Die Tarification von Desfaal im süddeutschen Eisenbahnverband. Mit dem 1. Juni l. J. beginnend sind im direkten Güterverkehr des süddeutschen Eisenbahnverbandes für den Artikel „Desfaal aller Art“ die gleichen Spezial-Frachtsätze, wie für Getreide, in Anwendung zu bringen.

Karlsruhe, 2. Juni. Der Coangel. Oberkirchenrath gibt in seinem Verordnungsblatt Nr. 6 vom 1. d. M. eine ausführliche übersichtliche Mittheilung über die Diözesanynoden vom Jahr 1868.

Karlsruhe, 2. Juni. Der von den beiden Eisenbahn-Bediensteten, Stationsrath Köhler und Zugmeister Mayer, unterschriebene Bericht des Ersten, Würzburg, 22. Mai, im zweiten Blatt der Sonntagsnummer der „Bad. Landes-Ztg.“, konnte nicht versehen, nach mehr als einer Seite hin Ausschon zu machen. Es scheint, daß diese beiden Bediensteten bei ihrem auffallenden Schritt nicht wohl betreten waren. Denn wenn es sich mit der dienstlichen Ordnung von vornherein nicht verträgt, daß Angestellte irgend welcher Verwaltungszweige Vorgänge aus ihrem Dienstleben, worüber gleichzeitig amtliche Erhebungen gepflogen werden, von sich aus veröffentlichten, so ist einleuchtend, daß ein solches Auftreten auch im Interesse der nach der vorliegenden Mittheilung bereits gerichtlich anhängig gewordenen Sache selbst weder geboten noch zweckmäßig sein kann.

S. Pforzheim, 2. Juni. Die von Einwohnern unserer Stadt in einer öffentlichen Versammlung beschlossene, die ultramontanen und demokratischen Aufhebungen verurtheilende Adresse an Seine Königl. Hoheit den Großherzog ist, bedeckt mit etwa 2000 Unterschriften von Bürgern aus Stadt und Land, heute an den Ort ihrer Bestimmung abgegangen. Derselbe lautet:

Durchlauchtiger Großherzog!
Gnädigster Fürst und Herr!

Das Streben der Führer der ultramontanen und ultrademokratischen Partei, durch wüthendste Agitationen und gleichgerichtete Verheißungen die Zustimmung eines Theils der Bevölkerung zu den äußeren Mitteln für ihre geheimen staatsfeindlichen und ihre offenen antinationalen Tendenzen zu erlangen, wie es sich in den letzten Tagen bei verschiedenen Versammlungen im Lande kundgegeben hat, und welchem

wir mit allen Kräften entgegenzutreten wollen, erregte in uns den tiefsten Widerwillen und erfüllte uns mit dem aufrichtigsten Bedauern.

Wir erkennen darin eine schwere und unbarmherzige Mißachtung des redlichsten Willens Eurer Königl. Hoheit, der freien Entwicklung der staatlichen, kirchlichen und sozialen Verhältnisse jede hemmende Schranke aus dem Wege zu räumen, und mit aufopfernder Verläugnung persönlicher Interessen an dem Ausbau des großen und mächtigen freien deutschen Vaterlandes mitzuwirken.

Wir verschließen uns nicht der Einsicht, daß zur Vollenbung der von Ew. Königl. Hoheit im Jahr 1860 verheißenen freirechtlichen Umgestaltung der bestehenden Gesetze noch manche Lücken auszufüllen sind; wir verkennen insbesondere nicht, daß die Gesetze über die Berechtigung zur Theilnahme an den Wahlen zu Gemeindeämtern und zur ständischen Vertretung in besserer Einklang zu bringen sind mit dem Gewerbegesetz und mit der auf anderen Gebieten eingetretenen Aenderung der Rechte sämmtlicher Staatsbürger. Dagegen hegen wir auch das unerfüllbarste Vertrauen, daß Ew. Königl. Hoheit gewillt ist, die zur Zeit noch mangelnde Uebereinstimmung jener Gesetze herzustellen, jene Lücken auszufüllen und hierüber dem nächsten Landtag freisinnige und durchgreifende Vorlagen machen zu lassen.

Diese feste Zuversicht in die völkervernünftigen Absichten Ew. Königl. Hoheit berechtigt und verpflichtet uns, feierliche Verwahrung einzulegen gegen das stürmische, selbstthätige Verlangen der Ultramontanen und der Radikalen, die bisherigen Grundzüge der äußeren und der inneren Politik wesentlich zu ändern und die Ständekammern aufzulösen, wodurch das Schicksal des Landes den heftigsten Feinden des gesetzlichen Fortschritts und der endlichen nationalen Einigung mit Hinanhebung aller für diese schon getragenen Opfer preisgegeben würde.

Wir konnten es uns nicht versagen, unserem allgeliebten Landesherren diese Gesinnungen zu offenbaren und Ew. Königl. Hoheit neuerdings unsere unwandelbare und vollste Treue darzubringen, in der wir verharren. Ew. Königl. Hoheit treuechoramste Bürger und Einwohner der Stadt Pforzheim. (Folgen die Unterschriften.)

— **Zu Bretten hat die Mannheimer Erklärung 500 Unterschriften erhalten; ähnlich war die Beteiligung in den Landorten des Amtsbezirks.**

Heidelberg, 1. Juni. (N. B. L. Ztg.) Vor einigen Tagen hat bei der hiesigen Universität ausnahmsweise noch eine nachträgliche (4.) Immatrikulation stattgefunden. Es sind hierbei 50 weitere Akademiker immatriculiert worden, so daß sich jetzt ein Zuwachs von 154 im Verhältnis der Frequenz des Winterkurses ergibt. — Wie wir uns durch Augenzeugen überzeugen, wird auf der Gemarkung unserer Nachbarstadt Schweigen an der von Mannheim nach Karlsruhe führenden Eisenbahn tüchtig gearbeitet.

Heidelberg, 2. Juni. Von Seiten der hiesigen Bürgerschaft wurde gestern Abend dem Hrn. Geh. Rath Blunzschli ein Festschreiben gebracht, um dessen Verdienste für das Veröhrungsamt zu Offenburg und für den Protestantentag zu Worms zu ehren. Der Geehrte hielt vom Balkon seines Hauses eine Ansprache an das sehr zahlreich versammelte Publikum, worunter wir auch die Häupter der hiesigen ultramontanen Partei sahen, und dankte darin für die ihm erwiesene Ehre, welche er aber nicht auf seine Person, sondern auf die von ihm vertretene Sache des nationalen und kirchlichen Fortschritts bezog. Als für diese Sache höchst bedeutungsvoll und darum mit allgemeinem Jubel begrüßt erwähnte der Redner die landesherrliche Antwort auf die Offenburger Adresse und schloß mit einem Hoch auf E. Königl. Hoheit den Großherzog, in welches die große Volksmenge mit wahrer Begeisterung einstimmte. Nachdem noch ein Hoch auf Hrn. Blunzschli ausgebracht worden war, entfernte man sich in gehobener Stimmung.

Mannheim, 31. Mai. Heute Abend, gerade am Jahrestag des großen Brandunglücks im Rheinpfalz, brach in den Lagerräumen im hiesigen Kaufhaus und zwar im oberen Stockwerke Feuer aus, welches wegen der Menge dort aufgeschickter brennbarer Stoffe, Hanf, Papier, Hopfen großen Schaden verursachte. Dasselbe soll aus einem dort zur Aufbewahrung liegenden Koffer eines Handwerksburschen sich den zunächst befindlichen Gegenständen mitgetheilt haben. Ständlicher Weise versammelte sich gerade die Feuerwehr, deren Gerätschaften im Erdgeschoss des Hauses sich befinden, zu einer Uebung, so daß die Beschädigung durch die Flamme geringer war, als diejenige durch rettende Hände oder Wasserstrahlen. Im Theater wurde gerade Holtey's „Leonore“ zur Feier seines fünfzigjährigen Schriftstellerjubiläums gegeben und das Ehepaar Jakob, dessen Wohnung hart neben der Feuerstätte ist, hatte den Schreck, sein Kind zu Hause zu wissen. Dasselbe erhielt jedoch bald beruhigende Nachricht und es konnte die Vorstellung ohne Unterbrechung zu Ende gespielt werden.

Mannheim, 1. Juni. Gestern Abend lernten Tausende von der Protestanten-Versammlung zu Worms theils hier, theils in die benachbarten Orte, theils mit der Eisenbahn an ferne Stationen zurück, und noch Abends wurde durch ein Ertrablat das Ergebnis derselben in hiesiger Stadt veröffentlicht. — Heute traf die hochherzige Eröberung ein, welche auf die Offenburger Adresse von E. Königl. Hoheit ergangen und durch das Staatsministerium öffentlich verkündet worden ist. Derselbe hat erlösend und färdend auf eine Parteistellung gewirkt, die fast zu lange in vornehmer oder verdrossener Ruhe geblieben war. Sie wird auf die heute Abend von dem Abgeordneten zur Ersten Kammer H. Artaria und Staatsrath Lamey zusammenberufene Versammlung zur Gründung eines Kreis- und Ortsvereins der national-liberalen Partei voraussichtlich die gleiche Wirkung üben.

Dr. Vorent, unser Mitbürger, hat bei Ueberreichung des dritten Bandes seiner „Mittelalterlichen Baudenkmale in Württemberg“ von Sr. Maj. dem König den Kronenorden erhalten. Mit diesem Bande, dessen einzelne Abtheilungen zum Gebrauch der Reisenden nach den beschriebenen Städten auch gesondert herausgegeben werden, ist das verdienstvolle Werk des eben so Verfasser wie als Künstler verdienten uneigennütigen und opferfreudigen Mannes vorläufig zum Abschluß gekommen.

Mannheim, 2. Juni. Der von den Hrn. H. Artaria und Staatsrath Lamey an die Freunde der national-liberalen Sache ergangenen Einladung entsprechend, fand sich gestern Abend im Saale des „Badener Hofes“ eine große Zahl hiesiger Bewohner ein, um die Organisation der Partei nach den in der Offenburger Versammlung gegebenen Anregungen zu besprechen und Beschluß zu fassen. War schon numerisch diese Zusammenkunft eine höchst befriedigende, so war sie durch die persönliche Bedeutung der Erschienenen noch viel gewichtiger. Hr. Artaria übernahm, dem Wunsch der Anwesenden entsprechend, den Vorsitz. Er machte Mittheilung von den von einem provisorischen Komitee ausgearbeiteten Theesen, wies auf die Ergebnisse der Offenburger Versammlung hin und forderte zu einem festen Zusammenhalten

gegen die koalirten Gegner auf. Sodann ergriff Hr. Staatsrath Lamey das Wort und charakterisirte die Reform-Liga im Allgemeinen und die liberale Partei insbesondere mit der ihm eigenen Schärfe der Anschauung, Klarheit des Ausdrucks und Virtuosität des Vortrags. Die von der Versammlung schließlich angenommenen und alsbald mit zahlreichen Unterschriften bedeckten Satzungen belonen neben dem Anschluß an den Norddeutschen Bund die freirechtliche Entwicklung der Zustände in unserem engeren Heimathlande. Die weiteren Paragraphen behandeln die Partei-Organisation. Der ganze Abend hatte einen anregenden und patriotisch erbebenden Verlauf.

— Die zu Offenburg beschlossene Adresse ist von 656 Personen unterzeichnet worden. Keiner der 11 Kreise ist hierbei untertreten. Aus Bad. unterzeichneten 39, aus Ortenberg 25, aus Freiburg 20, aus Oberkirch 18, aus Haslach 21, aus Karlsruhe 39, aus Gengenbach 11, aus Wolfach 12, aus Heidelberg 15 Personen u. s. w. Wie stark die Beteiligung selbst aus entlegeneren Landorten war, möge daraus entnommen werden, daß aus Steinbach 8, aus Elsenz 7 Personen unterschrieben. Natürlich drückt die Zahl der Unterschriften bei Weitem nicht die Zahl der Anwesenden aus.

— In den Bahnhof-Anlagen zu Freiburg sind seit einiger Zeit 4 Statuen aufgestellt, die vier Jahreszeiten darstellend. Von einer Inbezug in Haltung und Beseidung derselben kann durchaus nicht die Rede sein; nur dem Sommer ist das Gewand über die Brust herabgesunken. Dies genügt gewissen gelotischen Eiferern, in einer Sprache, welche an herausfordernder, lästerner Schamlosigkeit Alles überbietet, gegen die Statuen Sturm zu laufen. Es wurden Flug-schriften dagegen verbreitet, Unterschriften bei Frauen gesammelt u. s. w. Die Heerei, welche natürlich dem Gemeinderath als solchem gilt, hat inzwischen auch schon die Folge gehabt, daß einer der Statuen die Hand mit der darin emporgehaltenen Traube nachlässiger Weise abgeschlagen wurde. Die Blätter erinnern an das eigenthümliche Zusammentreffen des Brandes gewisser städtischer Gebäude mit früheren ähnlichen Verhehungen. (Man könnte auch an die ruhmlosen Beschädigungen erinnern, welche den schönen neuen Anlagen zu Konstanz eine Zeitlang systematisch zugefügt wurden.)

Freiburg, 31. Mai. Die „Freisg. Ztg.“ schreibt: Der Großherzog von Mecklenburg weilte seit einigen Tagen zum Besuch seines Sohnes, welcher sich schon längere Zeit hier aufhält und wegen eines Augenübeln von Prof. Dr. Manz ärztlich behandelt wird, in unserer Stadt. Gestern wohnte derselbe dem Gottesdienst in der evang. Kirche bei.

X. Ebingen, 31. Mai. (National-liberale Versammlung.) Der Vorstand des gemeinnützigen Vereins, Hr. Kreisgerichtsrath Martin, begann seine Rede mit dem Ausdruck der Freude über das zahlreiche Erscheinen — das Zeichen der richtigen Auffassung der gegenwärtigen Verhältnisse und Bereitwilligkeit zur Theilnahme am Kampf gegen unsere Gegner. Die fortschreitende Ausbildung der Hierarchie in der kathol. Kirche habe überall Kämpfe hervorgerufen; es lag in der Natur der Sache, daß dieselben in unserem Lande, einem Verfassungsstaat mit freirechtlicher Entwicklung, heiser als anderswo entbrannten. Seit 1860 werde nun bei uns der Kirchenstaat mit dem Rechtsstaat bekämpft, das Uebereinkommen mit Rom sei durch die Verfassung niedergeschmettert worden. — Redner erinnert sodann an die Vorgänge des Jahres 1866, den damals gepredigten offenen Landesverrat, die herorgetretenen Zeichen einer ultramontanen Schreckensherrschaft. Er wies darauf hin, wie nur das seitdem in den Vordergrund getretene nationale Streben auch die Offenburger Bewegung veranlaßt habe. Der Gegner, sprach des Zweifels im Lager der liberalen Partei, vergaß, daß das heilige Gefühl für's Vaterland in der Stunde der Gefahr jeden Zweifel verschwinden läßt. Die Ultramontanen kämpften mit den alten Waffen, mit den Schwächen und Leidenschaften der Menschen. Schon der Name „katholische Volkspartei“ setze ein Hervorziehen konfessioneller Zwistigkeiten voraus. Dem gegenüber sei aber der Rückschlag nicht ausgeblieben, und die Einigkeit sei rasch hergestellt gewesen, wie dies die Offenburger Versammlung vom 23. Mai beweise. Redner ruft zum Schluß zur Mitarbeit an dem gemeinsamen Werk auf.

Er betritt als ein „Offenburger“ die Rednerbühne. Er habe als solcher alle herben Erfahrungen und Umbilden von Freund und Feind der Vergessenheit übergeben. Die liberale Partei der Offenburger habe keine andern Zwecke als die andere liberale Seite erstrebt. Nur über die Mittel habe Meinungsverschiedenheit geherrscht. Die Ultramontanen seien in dieser Beziehung nicht in Verlegenheit. Redner ruft unter Beifallssturm: Wer der liberalen Partei sich anschließt, fängt an zu denken, wer unter die Fahne der Gegenpartei sich begibt, hat zu denken angehebt. Uebrigens danke er der ultramontanen Partei für ihr verfrühtes Auftreten; er habe einen andern Kriegsplan befürchtet, den des plötzlichen Ueberfalls unmittelbar vor den Wahlen. Redner schließt mit feurigen, die Einheit und Größe Deutschlands betreffenden Worten.

Nach kurzer Pause referirt Hr. Bürgermeister Straubhaar von Waldshut über die Offenburger Resolutionen, deren Annahme wir bereits gemeldet. Hierauf sprechen noch zwei weitere Bürger. Ruf von Kappelburg schließt mit einem Hoch auf die Einheit und Größe Deutschlands, in welches die Versammlung stürmisch einfällt. In den neugegründeten Landesverein erfolgte alsbald ein massenhafter Eintritt.

Frankfurt, 2. Juni. — Uhr — Rim. Nam. Deserr. Kreditaktien 295 1/2, Staatsbahn-Aktien 361 1/2, National —, Steuerfreie 51 1/2, 1860r Loose 84 1/2, Deserr. Saluta 96 1/2, 4proz. bad. Loose 104 3/8, Amerikaner 86 3/8, Gold —.

* **Wien, 1. Juni.** Ziehung der 1864r Loose. Serie 2275 Nr. 38: 250,000 fl., Serie 2275 Nr. 26: 25,000 fl., Serie 1451 Nr. 25: 15,000 fl., Serie 1901 Nr. 62: 10,000 fl. Außerdem sind noch folgende Serien gezogen worden: 407, 2396, 3272, 3945.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

1. Juni	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 11.4''	+ 6.6	0.83	N. ss. bed. Sonnsch., wdig., frisch
Mitt. 2	27° 11.7''	+ 10.5	0.44	st. kem. windig, kühl
Nacht 9	28° 0.3''	+ 8.3	0.72	bn. bed. kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

